

„Biergesetz Bund schützt die Brauereien“

Der Bundesrat will mit dem neuen Biergesetz kleine Brauereien schützen. Das führt zu Kritik. Alkoholfachstellen hätten den Jugendschutz vorgezogen.

VON RAPHAEL PRINZ

Im hart umkämpften Biermarkt ist die Rosengarten-Brauerei in Einsiedeln ein Beispiel eines Kleinbetriebes, der unabhängig und dennoch erfolgreich produziert. Mit knapp 20 Mitarbeitern werden jährlich rund 14 000 Hektoliter Einsiedler Bier gebraut, darunter Spezialsorten wie Mais- oder Dinkelbier. Gemäss Braumeister Alois Gmür schaffen es die Einsiedler, sich mit Nischenprodukten auf dem Markt zu behaupten, weil sie «etwas Spezielles bieten», wie er es ausdrückt.

Im gestern vorgestellten neuen Biergesetz hat der Bundesrat nun Rücksicht auf die Kleinbetriebe genommen. Brauereien mit einer Jahresproduktion von weniger als 55 000 Hektolitern Bier können neu Steuerrabatte von bis zu 40 Prozent geltend machen. Dies im «Interesse der Biervielfalt im Lande», wie der Bundesrat schreibt.

Brauer Alois Gmür hatte deshalb Grund zur Freude: «Das gibt uns einen leichten Vorteil gegenüber den Grossbrauereien.» In der Tat sei der Schwei-

zer Markt in den letzten Jahren zunehmend von den beiden grossen Konzernen Carlsberg und Heineken geprägt worden, die viele Kleinbrauereien übernommen haben. «Weil wir nur geringe Mengen produzieren, waren wir steuerlich benachteiligt», so Gmür.

Keine Steuererhöhung

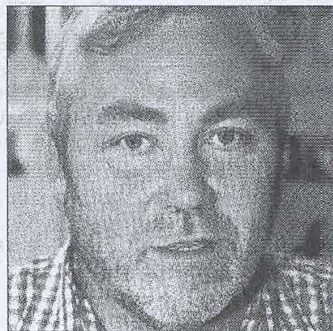
Das neue Biergesetz löst die Gesetzgebung aus dem Jahr 1934 ab. Neben der Steuererleichterung für Kleinbrauereien bringt es eine steuerlich stärkere Abgrenzung zwischen Leicht-, Lager- und Spezialbieren. Das Gesetz soll dem Bund aber keine zusätzlichen Einnahmen bringen (heute bringen die Biersteuern rund 100 Millionen Franken jährlich) und sieht folglich keine Steuererhöhungen vor. Für den Bundesrat ist eine solche unnötig und würde «die sozial schwächeren Bevölkerungskreise überproportional treffen». Denn schliesslich kämen die neuesten medizinischen Studien zum Schluss, dass der mässige Alkoholkonsum auch gesundheitliche Vorteile bringe.

Argumente, die der Brauereiverband gerne hört. Er ist froh darüber, dass der Bund von einer Steuererhöhung absteht, und fordert gar langfristig eine weitere Absenkung auf das «Niveau der Biersteuern in Deutschland», wie Direktor Konrad Studerus schreibt.

«Chance verpasst»

Das neue Biergesetz ist letztlich nun ein reines Steuergesetz geworden und verzichtet auf weitergehende Vorschriften bezüglich Jugendschutz oder Werbeverboten.

Eine Tatsache, die bei Gesundheitsorganisationen auf massive Kritik stösst. Für Janine Messerli von der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) hat der Bundesrat damit «eine Chance verpasst». Die SFA wirft dem Bundesrat vor, die Interessen der öffentlichen Gesund-



«Das gibt uns einen leichten Vorteil gegenüber den Grossbrauereien.»

BIERBRAUER ALOIS GMÜR

heit zu vernachlässigen und die Anstrengungen der Alkoholprävention bei Jugendlichen zu untergraben. Messerli: «Bier ist in der Schweiz immer noch sehr billig.» Häufig sei

Bier gar billiger als Limonade oder Fruchtsäfte. «Bier zu Billigstpreisen kann Jugendliche dazu führen, ihren Alkoholkonsum zu steigern.» So würden Untersuchungen der SFA zeigen, dass Bier bei den 13- bis 16-jährigen Knaben das am häufigsten konsumierte alkoholische Getränk sei.

Vorbild Alcopops

Für SFA-Sprecherin Janine Messerli ist eine Steuererhöhung auf Bierprodukten deshalb nicht ein Mittel, die Biertrinker zu schikanieren, sondern eine Massnahme im Sinne der öffentlichen Gesundheit. «Das Beispiel der Sondersteuer auf Alcopops zeigt, dass Preiserhöhungen höchst wirksame Präventionsmittel sind.» Gar kein Gehör hat Messerli für das Argument des Bundesrates, eine Erhöhung treffe die sozial Schwächeren besonders hart: «Das Argument für den Staat muss die Gesundheit sein. Sonst klingt es fast so, als ob die Gesundheit für sozial schwächere Personen weniger wichtig wäre.»

EXPRESS

- ▶ Im neuen Biergesetz sieht der Bundesrat keine Erhöhung der Steuern vor.
- ▶ Damit untergräbt er die Prävention, fürchten Gesundheitsorganisationen.